

FPÖ kritisiert neue Wohnungsvergabe-Regeln: Ein Gefahr für Innsbruck?

Die Tiroler FPÖ kritisiert die neuen Wohnvergabegerichtlinien in Innsbruck, die ohne Deutschkenntnisse auskommen. Ist dies eine Gefahr für die einheimische Bevölkerung? Jetzt lesen!

Die aktuelle Wohnungspolitik in Innsbruck sorgt für hitzige Debatten. Die Tiroler FPÖ hat überraschend scharfe Kritik an den neu geplanten Vergaberichtlinien geübt, die von der linken Stadtregierung angedacht sind. Unter den Kritikern finden sich prominente Gesichter wie der FPÖ-Landesparteiobermann Markus Abwerzger sowie Stadtrat Markus Lassenberger und Stadtparteiobermann Rudi Federspiel. Sie warnen davor, dass diese Maßnahmen die Zukunft der Hauptstadt Tirols ernsthaft gefährden könnten.

In einer gemeinsamen Stellungnahme äußerten die FPÖ-Politiker Bedenken, dass die vorgesehenen Änderungen den Zuzug nach Innsbruck ungebremst fördern würden. Besonders ins Auge fällend ist die Kritik an der geplanten Abschaffung von Sprachkenntnissen in Deutsch als Vergabekriterium für gemeinnützige Wohnungen. „Ohne Deutschkenntnisse wird es leichter für Zuwanderer, Wohnraum zu erhalten, während die einheimische Bevölkerung unter dieser Politik leidet“, erklärt Abwerzger. Diese Meinung wird von Lassenberger unterstützt, der betont, dass der Mittelstand und heimische Bürger, seiner Auffassung nach, bei der Wohnungsvergabe im Vordergrund stehen sollten.

Warum dieser Schritt von der FPÖ wichtig

ist

Markus Lassenberger glaubt, dass die Stadtregierung den Bedürfnissen der Einheimischen nicht gerecht wird und den aktuellen Ansprüchen nicht folge. „Wir reden hier nicht von einem Wohnungsnotstand“, so Abwerzger, der die Argumente der SPÖ und Grünen, die seit Jahren von einem solchen Mangel sprechen, zurückweist. „In Innsbruck gibt es keinen Wohnungsnotstand; vielmehr liegt es auf der Hand, dass die Stadtregierung das Thema falsch anpackt.“

Zusätzlich macht der Stadtparteiobmann Federspiel auf die Praxis in Oberösterreich aufmerksam, wo Sprachkenntnisse für Ausländer bei der Wohnungsvergabe eine Voraussetzung sind. „Dort hat die FPÖ gemeinsam mit der ÖVP diese Regelung erfolgreich umgesetzt. In Innsbruck hingegen setzen wir auf unkontrollierten Zuzug, was möglicherweise zur Schaffung von Schattengesellschaften führt“, so Federspiel weiter.

Die FPÖ fordert nun, die Interessen der einheimischen Bevölkerung stärker in den Fokus zu rücken und die Richtlinien zur Wohnungsvergabe anzupassen, um die Zukunft der Stadt Innsbruck langfristig zu sichern. Angesichts dieser Entwicklungen ist es fraglich, wie sich die Stadtregierung in Zukunft positionieren wird und welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden, um die Balance zwischen Zuwanderung und der Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zu finden. Abwerzger und seine Mitstreiter sind sich einig, dass eine Überarbeitung der Wohnungsvergabe-Richtlinien notwendig ist, um ein gerechtes Miteinander zu gewährleisten. Mehr Informationen zu dieser Thematik finden sich in den Artikeln [auf **www.unsertirol24.com**](http://www.unsertirol24.com).

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at